

stadt land links

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos

NR. 13 | 4. Quartal 2018

WÜNSCH

WAS

DIR



**Unsere Hoffnungen
auf ein gutes Jahr 2019**

INHALT

4

JUSO-BUNTE

**SCHWER-
PUNKT:**

WÜNSCH
DIR WAS

6

WÜNSCH DIR WAS FÜR
NRW

8

WÜNSCH DIR WAS FÜR
DEN BUND

10

WÜNSCH DIR WAS FÜR
EUROPA

12

KRITIKEN

14

AUS DEN UNTERBEZIRKEN

16

LAVO-AUFSTELLUNG

18



AUS ÜBERZEUGUNG:
BUKO IN NRW

19

WAS DER BUKO FÜR
DÜSSELDORF BEDEUTET

20

AUS DER HSG/JSG

21

BESUCH IM
RHEINISCHEN REVIER



22

HOMELESS GO HOME:
GASTBEITRAG ZWEIER
UNGARISCHER EUROPA-
ABGEORDNETER

24

RÄTSEL



LIEBE JUSOS,



2018 – was für ein beschissenes Jahr. Ich bin mir sicher, dass sich das einige von euch denken, wenn ihr nun am Jahresende politisch auf die letzten 12 Monate zurückblickt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir am Anfang des Jahres gemeinsam gekämpft haben. Und ich bleib auch noch heute dabei: Wir hatten und haben die besseren Argumente. Trotzdem hat es beim Mitgliedervotum am Ende nicht gereicht. Im März stand fest: Unsere SPD geht erneut in die Große Koalition.

Wir Jusos haben zähneknirschend gesagt: Wir kämpfen weiter – für unsere Partei und für ein besseres Morgen. Doch es folgte ein denkwürdiger Sommer. Die Bilder, wie Faschist*innen Geflüchtete und Andersdenkende durch die Chemnitzer Straßen jagten und zu zehntausenden vor dem Karl-Marx-Denkmal demonstrierten, haben sich in meinem Kopf festgebrannt. Sie offenbaren auf grausame Art und Weise, wie weit es in unserer Gesellschaft wieder gekommen ist. Nicht zuletzt durch den sächsischen LKA-Hutbürger oder unseren ehemaligen Chef-Verfassungsschützer, der aus seinen Sympathien zur Rechten am Ende gar kein Hehl mehr machte.

Der Herbst startete mit zwei Landtagswahlen, bei denen die SPD katastrophal verloren hat. Ein Schlag in Gesicht für uns alle – und vor allem für die, die dachten, die SPD könnte sich in einer Großen Koalition erneuern. Die zwei Wahlkatschen zeigen eindrucksvoll: Die Erneuerung der SPD kommt bei den Leuten nicht an. Nicht bei uns und erst recht nicht bei den Wähler*innen!

2018 – was ein beschissenes Jahr. Aber Moment, haben wir uns das nicht auch schon in den letzten Jahren gesagt? Wahrscheinlich haben sich zumindest viele von uns genau das gedacht. Wir haben uns entschieden, den Kopf nicht in den Sand zu stecken und jeden verdammten Morgen aufzustehen, um diese Gesellschaft, unsere Welt besser zu machen. Und vielleicht ist es genau das, was uns Mut machen sollte.

Wir leben in einer Zeit, in der sich unsere Gesellschaft und vor allem die Jugend wieder stärker politisiert. Der Kampf gegen die Große Koalition hat tausende junge Leute dazu gebracht, mit uns für eine bessere, moderne und linke Sozialdemokratie zu kämpfen. Diesen Rückenwind haben wir NRW Jusos genutzt. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir mit fünf Genoss*innen aus unseren Reihen in den Landesvorstand der NRWSPD einziehen und sogar einen stellvertretenden Parteivorsitzenden stellen? Das Ergebnis zeigt: Gerade in NRW liegt es jetzt auch mehr denn je an uns, unsere Partei wieder zur alten Stärke zu führen. Und diese Verantwortung übernehmen wir gerne. Wir werden um die SPD kämpfen.

Doch auch außerhalb der SPD gibt es Zeichen, die mir Mut machen. Nachdem tagelang der rechte Mob durch die Chemnitzer Straßen gezogen ist, hatte ich Gänsehaut, als es hieß: #wirsindmehr. Ja, wir müssen dringend darüber reden, wie dramatisch sich die Gesellschaft nach rechts verschoben hat, wenn es nicht mehr selbstverständlich ist, dass wir dem rassis-

tischen Mob zahlenmäßig überlegen sind. Am Ende brauchen wir auch mehr als ein Hashtag. Doch die Bilder, als Zehntausende bei einem Konzert vor „unserem“ Karl-Marx-Denkmal standen, um für Toleranz und gegen den beschissenen Rechtsruck zu demonstrieren, haben bei mir zu einem geführt: Innigste und tiefste Dankbarkeit, für all die, die mit uns für einen besseren Morgen kämpfen.

„Wünsch Dir was!“, das ist das Motto des letzten Verbandsmagazins in diesem Jahr. Unser Redaktionsteam, die Medienbande des neugewählten Landesvorstands, hat sich diesen Slogan ausgesucht, um auf Grundlage des letzten Jahres unsere Wünsche für 2019 niederzuschreiben. Ich will an dieser Stelle den nächsten Seiten nichts vorwegnehmen, doch was ich mir wünsche? Lasst uns alle gemeinsam gegen den beschissenen Rechtsruck aufstehen, bei den Europawahlen zeigen, dass wir mehr sind und unsere Partei wieder zu dem machen, was sie sein soll: Die politische Heimat für all diejenigen, die mit uns für eine gerechtere und linke Gesellschaft kämpfen wollen!

Ich habe große Lust den Kampf mit Euch gemeinsam zu führen.

Glück Auf!

Jessica

Jessica

**ALEXANDER
NOLTE**



„Perfekter Partner für die Entwicklung kreativer Geschäftsideen. Es wird seine gewonnene Freizeit wohl nun dazu nutzen, zusammen mit Fabian Bremer ein internationales Pistazienkartell aufzubauen.“ Lucien Luckau

ANNA SPAENHOFF



„Jeder dritte Satz war irgendwas mit Dortmund. Für meinen Geschmack deutlich zu wenig.“ Indra Paas

CHRISTIN RIEDEL



„Eine der Dinge, die ich an Christin vermissen werde: Komische norddeutsche Rituale und warum ich sie nicht verstehen kann.“ Ronja Christofczik

**FELIX
EGGERSGLUSS**



„Felix verbindet in sich alle positiven Eigenschaften, die Jusos haben können: Er brennt für die Sozialdemokratie, er kann Politik strategisch denken und er kann sich wie ein Nerd in Detailthemen einarbeiten. Wenn er jetzt noch Auto fahren könnte.“ Micha Heitkamp

**JAN
SIEBERT**



„Unvergessen: als Titzzy zu ‚Schocken heißt der Antrag!‘ ein eigens gedichtetes Sonett vorzutrug.“ Jonas Reitz

SIMON GEISS



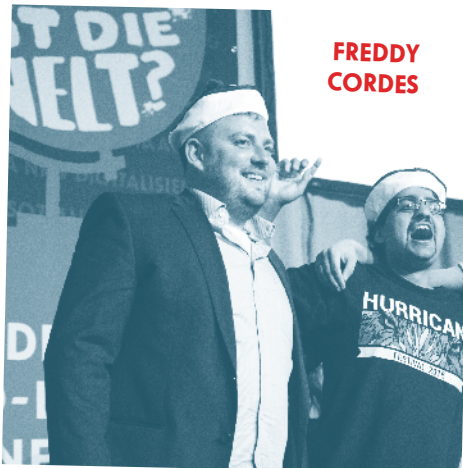
„Ein Sozialdemokrat, der trotz Altersklippe immer ein Juso bleiben wird und mit Herz, linker Politik und einem Bier in der Hand für eine starke SPD kämpft.“ Pauline Schur

INGO WAGNER



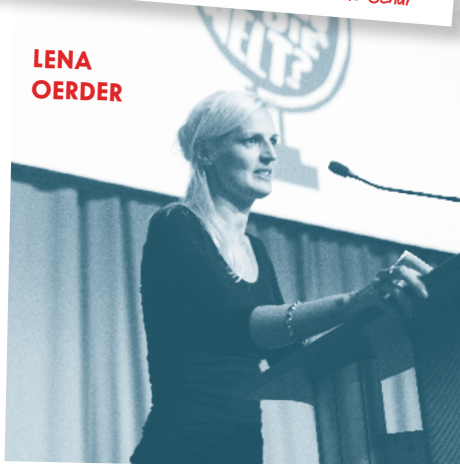
„Ingo ist eine Legende, weil er Brüssel bei den NRW Jusos auf die Karte gesetzt hat.“ Max Frey

**FREDDY
CORDES**



„Freddy und der NRW-Lavo, das war immer klare linke Politik ohne arrogantes Gehabe.“ David Ittekkot

**LENA
OERDER**



„Lena war ein Vorbild für so viele junge Frauen. Auch ich wäre heute nicht da, wo ich jetzt bin, wenn sie nicht gewesen wäre.“ Jessica Rosenthal

**FABIAN
BREMA**



„Brema wartet immer noch auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.“ Konstantin Achinger

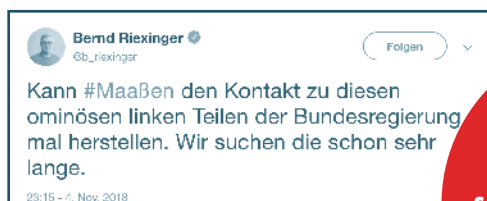
WIR SAGEN: DANKE & GLÜCKAUF!

TWEET THE TWILIGHT ZONE

Unser kommentierter Twitter-Jahresrückblick



Rückblick: 2018 fragte die SPD im Mitglieder-votum „GroKo oder Krieg?“



Verschwörungstheoretiker Maaßen sieht „linksradikale Kräfte“ unter den SPD-Bundesminister*innen.



Diplomatie im 21. Jahrhundert... Es sinkt für Sie: das Niveau!



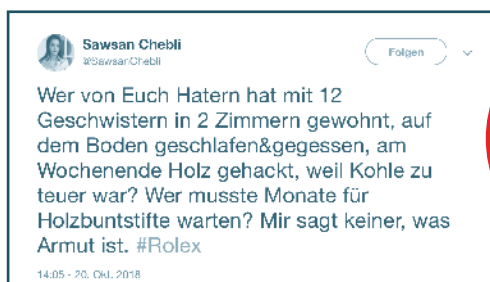
Außen- und Swag-minister



An Artikel 1 kann nicht oft genug erinnert werden



Ist Gender Marketing eigentlich ein Ausbildungs-beruf?



Streetcred ist keine Kreditkarte



Ob das gut gehen würde? Männer sind oft so emotional



WIE ES IST:

Am 21. Dezember 2018 wird auf Zeche Prosper-Haniel in Bottrop das letzte Stück Steinkohle gefördert. Danach schließen die Tore – nach fast 200 Jahren Steinkohlebergbau in Deutschland für immer. Nostalgisch wird der Abschied mit Bergmanns-Romantik und Ruhrpott-Folklore zelebriert werden.

Strukturwandel und Kohle-Nostalgie setzten im Ruhrgebiet bereits 1958 ein. Der „lange Abschied“, wie ihn auch ein Film betitelt, begann bereits vor 70 Jahren. Das größte Ballungsgebiet Europas musste sich komplett neu erfinden – und bekam dafür Zeit und auch Solidarität.

Zeit, Solidarität, gar Nostalgie sucht man beim Thema Braunkohle hingegen vergeblich. Der neue gesellschaftliche Konsens für diesen Industriezweig scheint zu lauten: Umwelt first, soziale Absicherung second. Dieser Konsens manifestiert sich in den Kämpfen um den Hambacher Forst und duldet sogar eine grüne Landtagsabgeordnete, die Kohlekumpels mit Nazis gleichsetzte. Keine Frage: Die Umwelt, sowohl im Rheinischen Revier als auch im Ruhrgebiet, ist nachhaltig beschädigt. Diese Schäden aufzufangen ist eine Ewigkeitsaufgabe. Eins sollte man jedoch bedenken: Selbst der auf Jahrzehnte angelegte Ausstieg aus der Steinkohle konnte den Anstieg von Arbeitslosigkeit und kommunalen Schulden im Ruhrgebiet nicht bremsen. Wie soll das erst bei einem übers Knie gebrochenen Ausstieg aus der Braunkohle für die Beschäftigten und betroffenen Kommunen laufen?

Dass die Kohleära in NRW wie im gesamten Bundesgebiet sich ihrem unausweichlichen Ende zuneigt ist allen Beteiligten klar. Am Ende des Jahres soll die Bundeskommission „Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung“ einen Plan für den Ausstieg vorlegen. Die Öffentlichkeit scheint sich dabei nur für eins zu interessieren: Das Ausstiegsdatum – und was das für „Hambi“ bedeutet. Das Schicksal der Arbeitnehmer*innen vor Ort? Zweitrangig. Der industrielle Kern, der einst die Ruhrgebietsregion und das ganze Land stark gemacht hat, schrumpft ungebremst. Die

Region leidet unter vielfältigen Problemen: Milliardenschulden, strukturelle Arbeitslosigkeit, verfallende Infrastruktur. Die Mieten steigen und Armut ist weit verbreitet.

Das machen positive Entwicklungen wie die Dichte an Hochschulen, hohes Fachkräfteaufkommen oder Projekte wie „Innovation City Ruhr“ nicht wett. Eine langfristige Strategie für mehr Beschäftigung und soziale Absicherung gibt es nicht. Denn eins hat die Ansiedlung von neuen industriellen Unternehmen auch gezeigt: Die Standortsicherheit bei multinationalen Unternehmen und die Garantien für gesicherte Arbeitsplätze nehmen – aufgrund der Maximierung der Gewinnorientierung und der Entwertung der Arbeitskraft – stetig ab. Stichwort: Opel und Nokia in Bochum. Vielmehr ist in den kommenden Jahren im Ruhrgebiet eine Verschärfung der Probleme zu befürchten, denn neben dem Auslaufen des Steinkohlebergbaus in diesem Jahr, geht wohl auch langsam der Stahlsektor seinem Ende entgegen – wenn man einmal die Fusion von ThyssenKrupp und dem indischen Konzern Tata Steel begutachtet. Die Fusion bedeutet nicht nur für Arbeitnehmer*innen eine Gefährdung ihres Arbeitsplatzes sondern auch ihrer Mitbestimmungsrechte, wenn wie geplant, der Firmensitz in die Niederlande geht. Zudem steht der Gesamtkonzern vor einer riskanten Aufteilung der Geschäftsbereiche. Auch hier wird mit der Streichung von Arbeitsplätzen zu rechnen sein.

Die Ausmaße der Probleme im Rheinischen Revier werden vielleicht anders gelagert sein. Im Kern bleiben sie aber gleich: Wie kann man eine strukturierte neue wirtschaftliche Ausrichtung bei gleichzeitiger Renaturierung des Gebietes gewährleisten, ohne dass die Beschäftigten vor dem Nichts stehen und Lebensgrundlage und ihr Zuhause verlieren? Fest steht: Der Dienstleistungssektor und aufgepumpte „Innovationsbranchen“ werden diese Menschen nicht allein auffangen können.

wünsch Dir was!

WAS WIR UNS WÜNSCHEN:

NRW ist wieder ein in der Fläche starker Industriestandort. Die unsachlichen Diskussionen rund um den Tagebau Hambach liegen lang zurück und sind längst vergessen. Neben den unter anderem in Südwestfalen und OWL bestehenden Strukturen, ist es durch eine Neuordnung der Wirtschaft gelungen, die alten Produktionsketten rund um die Kohle umzustellen. Noch bevor der Ausstieg aus der Förderung und Verstromung von Braun- und Steinkohle vollends abgeschlossen war, lagen klare, detailliert ausgearbeitete Pläne vor. Den Beschäftigten wurden neue Perspektiven aufgezeigt. Niemand wurde ins Bergfreie fallen gelassen. Wo nötig, hat ein aktiver Sozialstaat Unterstützung angeboten und Chancen ermöglicht. Im Rheinischen Revier ist realisiert worden, wovon bis in die 2010er beim Ruhrgebiet nur gesprochen wurde: ein echter Strukturwandel. Aus Fehlern wurde gelernt.

Neue Unternehmen bieten neue Jobs an. Sie produzieren unter den bestmöglichen Aspekten des Umweltschutzes, die aktuell umsetzbar sind. Die Arbeiter*innen sind in DGB-Gewerkschaften organisiert. Sie erkämpfen starke Tarifverträge. Die Parlamente haben Gesetze verabschiedet, die eine Tarifflicht, zum Beispiel durch den Einsatz von Subunternehmen, verhindert. Gemeinsam mit starken Betriebsräten streiten sie für gute Arbeitsbedingungen. Hoher Arbeitsschutz führt dazu, dass es selbst in körperlich anstrengenden Berufen immer weniger Arbeitsunfälle gibt und die Arbeitenden bis ins hohe Alter gesund bleiben. Die SPD, die DGB-Gewerkschaften und die Arbeiter*innen haben die 30-Stunden-Woche erkämpft.

Industrie steht endlich wieder für Fortschritt und Industriestandort zu sein bedeutet eine Region mit Zukunft zu sein. Der technische Fortschritt führt auch zu sozialem Fortschritt. Die Politik hat dafür klare Rahmenbedingungen gesetzt. Der Umgang mit Daten ist reguliert, Digitalisierung und Automatisierung sind sinnvolle Grenzen gesetzt worden. Auch wenn vieles technisch vorstellbar wäre, wird nicht alles umgesetzt, nur weil es ein paar

Cent spart. Der Mensch und die menschliche Gesellschaft haben Vorrang.

Die Wirtschaft zeichnet sich durch nachhaltiges, qualitatives Wachstum aus. Der erzeugte Wohlstand wird gerecht verteilt und kommt allen Einwohner*innen NRWs zu Gute. Manchen direkt durch gute Löhne, andere indirekt, durch hohe Steuereinnahmen für einen handlungsfähigen Staat. Dieser hat nachgeholt, was zuvor jahrzehntelang vernachlässigt und ignoriert worden war: eine umfangreiche öffentlich Daseinsvorsorge, eine gut ausgebaute Infrastruktur. Der ÖPNV verbindet alle Landesteile, die Schienen sind ausgebaut worden, weil immer mehr Menschen lieber mit dem Zug als mit dem Auto fahren. Und die sanierten Straßen werden vom Lastverkehr weitestgehend geschont, weil es Standard ist, dass Güter per Zug und Schiff transportiert werden.



Jonas Reitz (*1992) kommt aus dem UB Hamm und ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Dort wird er in den kommenden zwei Jahren vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, der „Medienbande“ und im Bereich „Kommunales“ mitwirken.



Romina Eggert (*1990) ist bei den Jusos Essen aktiv und war dort von 2015-2018 Unterbezirksvorsitzende. Sie gehört dem Sprecher*innenteam der RuhrJusos an und ist Beisitzerin im Regionalvorstand der SPD Niederrhein.



WIE ES IST:

EINE KULTUR DES FORDERN UND FORDERN

Die neoliberale Vorstellung des „Fördern und Fordern“ prägt den Sozialstaat in seiner heutigen Form. Der aktuelle Hartz IV-Satz beträgt 416 Euro zzgl. Kosten für eine Unterbringung. Dieser Betrag soll ein Existenzminimum gewährleisten, um die ganz grundlegenden Bedürfnisse eines Menschen zu erfüllen. In der Realität müssen Tafeln oder andere wohltätige Organisationen für ein Leben ohne Hunger sorgen und damit die staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge faktisch mitübernehmen.

Das Prinzip des Misstrauens, welches hinter der Maxime „Fördern und Fordern“ steht, äußert sich unter anderem darin, dass das sogenannte Existenzminimum um bis zu 100% gekürzt werden kann. Eine Kürzung kann sowohl bei einer Pflichtverletzung, wie dem unverschuldeten Fehlen bei einem Termin im Jobcenter erfolgen, aber auch, wenn ein Job- oder Weiterbildungsangebot abgelehnt wird, welches durch die Behörde als zumutbar eingestuft wurde. Bei jedem zusätzlichen Einkommen, zum Beispiel im Rahmen eines 450-Euro-Minijobs, werden die Ansprüche ebenfalls gekürzt. Dieser Kontroll- und Sanktionsapparat bestimmt deshalb zu oft auch das Verhältnis zu den Sachbearbeiter*innen, was zu weiteren empfundenen Demütigungen für die Bezieher*innen führt. Statt eines vorsorgenden Sozialstaats, der sich seiner Verantwortung für die Bürger*innen bewusst ist, bestimmen Kontrolle und Misstrauen den Umgang mit den Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind.

§ 218 UND § 219 A

Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland im Moment strafbar. So steht es in Paragraph 218 des StGB. In Paragraph

218a wird die Straffreiheit des Abbruchs vor der 12. Schwangerschaftswoche unter bestimmten Voraussetzungen festgelegt. Dazu gehören zum Beispiel eine Beratungspflicht sowie eine verpflichtende Bedenkzeit für die Frau*. In Paragraph 219a wird das Verbot der sogenannten ‚Werbung‘ für einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt. Damit wird nicht nur die Schwangere selbst bei einem Schwangerschaftsabbruch kriminalisiert und nach einer Abtreibung stigmatisiert, sondern auch die Gynäkolog*innen, die einen Abbruch durchführen und darüber informieren wollen. Um umfassend informiert zu sein und so die beste und sicherste Methode sowie Ärzt*innen finden zu können, die einen Abbruch durchführen, müssen Frauen* dann den Umweg über die verpflichtende Beratungsstelle wählen. Statt die beste medizinische Versorgung als oberstes Ziel zu benennen, werden Frauen* bevormundet, indem zusätzliche Hürden aufgebaut werden.

DIESEL

In 10 Millionen Dieselfahrzeugen weltweit sind zwischen 2009 und 2015 verbotenen Abschalteinrichtungen eingebaut worden, mit dem Effekt, dass die Grenzwerte für den Abgasausstoß beziehungsweise für den Stickoxidausstoß im normalen Straßenbetrieb permanent überschritten werden. Dieser systematische Betrug schadet als allererstes der Gesundheit von Milliarden Menschen auf der ganzen Welt. Die Folgen sind unter anderem die Zunahme von Lungenerkrankungen, wie zum Beispiel Asthma. Aufgrund der Übersäuerung von Böden und Schädigung von Pflanzen durch hohe Stickoxidwerte schaden die Konzerne um VW, BMW und Co. auch der Umwelt.

wünsch

Dir

was!

WAS WIR UNS WÜNSCHEN:

EIN SOLIDARISCHES GRUNDEINKOMMEN

Hartz IV gehört abgeschafft. Auf diese Forderung, die inzwischen auch an der Spitze der Partei wieder Fürsprecher*innen findet, muss jetzt die Debatte folgen, für welches alternatives Konzept wir politisch kämpfen. An dieses haben wir ganz klare Erwartungen: Es muss in erster Linie ein Existenzminimum sein, dass nicht nur die materielle Lebensgrundlage soweit absichert, dass auch ohne den Besuch der Tafel ein Leben ohne Hunger oder Sorge um das Auskommen am nächsten Tag möglich ist. Zudem heißt echtes Existenzminimum für uns auch, die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe zu schaffen. Schließlich ist eines für uns unverhandelbar: Ein Existenzminimum kann und darf nicht gekürzt werden.

Ein solidarisches Grundeinkommen, welches nicht gekürzt werden kann, heißt somit auch, eine Abkehr vom Sanktionsregime des Misstrauens hin zu einem tatsächlich vorsorgenden und den Menschen zugewandten Sozialstaat zu schaffen.

SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG

„Mein Körper, meine Entscheidung!“ heißt einer der Slogans der Pro-Choice-Bewegung. Wirklich frei entscheiden, das geht nur, wenn man Zugang zu genug Wissen über die Entscheidung hat. Dazu gehören beispielsweise Informationen darüber, wo eine Abtreibung durchgeführt werden kann. Es darf nicht sein, dass Frauen* dies erst bei Beratungsstellen oder anderen Ärzt*innen erfragen müssen. Aber auch das Wissen über unterschiedliche medizinische Methoden und mögliche Risiken gehören zu echter Entscheidungsfreiheit. Freier Zugang zu allen Informationen heißt also Abschaffung von § 219a.

Sexuelle Selbstbestimmung heißt aber auch, dass die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Frauen*, die abtreiben wollen oder abgetrieben haben, endlich ein Ende hat. Wer in den ersten 12 Wochen einer Schwangerschaft abtreibt, nutzt das Recht, frei über den eigenen Körper zu bestimmen. Die ungefragten und belästigenden „Ratschläge“, zum Beispiel im Rahmen der sogenannten „Gehsteigberatung“ durch selbsternannte „Lebensschützer*innen“, haben zum Ziel, Frauen* zu drangsaliieren und zu bevormunden. Paragraph 218 stützt diese Kriminalisierung der Frauen* gesetzlich und muss daher dringend gestrichen werden.

UMWELTSCHUTZ OHNE BELASTUNG DER VERBRAUCHER*INNEN

Wenn wir über die Konsequenzen des Abgasskandals diskutieren, müssen wir ganz besonders beachten, dass insbesondere Menschen mit weniger finanziellen Mittel die Leidtragenden sind. Sie sind es, die nah an den viel befahrenen Straßen und denjenigen Orten wohnen, an denen die Grenzwerte immer wieder überschritten werden. Das heißt, sie betreffen auch die gesundheitlichen Risiken ganz besonders. Andererseits werden dieselben Menschen von den nun angeordneten Fahrverboten ebenfalls schwer getroffen, weil sie eben nicht das Geld haben, um eine Nachrüstung zu bezahlen. Dies ist untragbar. Für uns gilt: Die Verursacher*innen des Abgasskandals sind auch diejenigen, die jetzt die Konsequenzen tragen müssen. Hier reden wir zum Beispiel über das Verhängen von Bußgeldern sowie die vollständige Übernahme aller erforderlichen Nachrüstungen durch die Hersteller*innen. Dazu gehört dann aber auch, dass es Garantien auf die so nachgerüsteten Autos geben muss, damit die Besitzer*innen auch bei erhöhtem Verschleiß durch die neue Soft- oder Hardware oder auch bei erneut notwendigen Nachrüstungen gegenüber den Automobilkonzernen abgesichert sind. Die hier diskutierten Maßnahmen sind akut notwendig. Grundsätzlich brauchen wir jedoch dringend ein umfassendes Umdenken in der Mobilitätspolitik. Wir wollen weg vom motorisierten Individualverkehr hin zur klimaneutralen Mobilität für alle. Dazu braucht es entsprechende Investitionen in die Elektromobilität, in den flächendeckenden ÖPNV sowie in den nichtmotorisierten, also emissionsfreien Individualverkehr. Und für den Güter- und Warentransport halten wir an unserer Forderung „Schiene vor Straße“ fest!



Almut Großmann (*1995) kommt aus dem UB Münster und ist seit 2018 stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.



WIE ES IST:

Die Europawahl am 26. Mai 2019 wurde bereits von vielen Genoss*innen als Schicksalswahl ausgerufen. Die deutsche Sozialdemokratie steht in den Umfragen – mal wieder – auf ihrem historischen Tiefstand. Selbst bei einem einigermaßen guten Wahlergebnis der SPD ist unklar, in welchem Umfang die S&D-Fraktion im kommenden Europaparlament überhaupt noch relevant ist. Das ist insofern besorgniserregend, als dass der Zustand der Europäischen Union heute schon weit von unserem jungsozialistischen Wunschzustand entfernt ist. Doch sollte die europäische Rechte diese Europawahl im kommenden Jahr gewinnen, steht selbst dieser wenig solidarische Zustand der Europäischen Union in Frage.

Die Europäische Union steckt seit der Pleite von Lehman Brothers in einer Aneinanderkettung verschiedener – teils realer, teils konstruierter – Krisen fest, aus denen sie sich nie vollständig befreien konnte. Angefangen mit der Wirtschafts- und Finanzkrise, über die Bankenkrise, die Staatsschuldenkrise, die Eurokrise, dem drohenden Austritt Griechenlands und dem tatsächlichen Austritt Großbritanniens, befinden wir uns spätestens seit dem heftigen Rechtsruck rund um die Migrationsfrage in einer Solidaritäts- und Demokratiekrise.

In Ungarn, Polen, Österreich oder Italien haben Rechte bereits die Regierung übernommen. Beinahe in allen europäischen Mitgliedsstaaten sind rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien auf dem Vormarsch. Sollten wir noch weitere Staaten und das Europaparlament verlieren, drohen uns Jahre des politischen und gesellschaftlichen Rückschritts oder sogar der Rückfall in Verhältnisse, die wir seit 1945 glaubten, überwunden zu haben.

Dabei erfordern die aktuellen Verhältnisse eine fortschrittliche, progressive Politik mehr denn je. Wenn man den Wandel des gesellschaftlichen Klimas, das heißt die zunehmenden nationalistischen, demokratiefeindlichen, ausländerfeindlichen oder antisemitischen Tendenzen, einmal außen vor lässt, bleibt eine Europäische Union, die weit weg von einer sozialistischen Wunschvorstellung ist. Großen Konzernen stehen die Tore für (legale) Steuervermeidung weit offen. Sie nutzen die unvollendete Vereinigung der europäischen Staaten aus, um in einzelnen Staaten die jeweils optimalen Steuergesetze auszunutzen. In der CDU tritt mittlerweile nicht mehr nur der marktradikale Friedrich Merz, sondern auch Annegret Kramp-Karrenbauer für eine umfangreiche Steuerreform ein, die die Reichen entlasten soll – um im europäischen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben.

Um Wettbewerbsfähigkeit ging es zum Beispiel auch in der Griechenlandkrise. Daraufhin gingen die Löhne runter, die Renten und der gesamte Sozialstaat wurden gekürzt. Die Reichen haben sich gefreut. Ein Problem der Europäischen Union ist, dass sie die Wettbewerbsordnung festlegt. Die Europäischen Verträge schreiben ein neoliberal geprägtes Wirtschaften vor, an das die Mitgliedsstaaten gebunden sind. Obwohl die Europäische Union als Friedensprojekt die richtige Antwort auf 1945 war, fällt es schwer, sie in allen Facetten zu verteidigen. Doch genau das braucht es heute, denn sonst droht die Union auseinanderzubrechen und das Friedensprojekt zu scheitern. Die Zukunft der Europäischen Union muss also in der Solidarität untereinander und nicht in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen einander liegen.



WAS WIR UNS WÜNSCHEN:

Der Nieselregen hat gerade eingesetzt und die Leute stehen mit hochgezogenem Kragen in einem November vor dem Europäischen Parlament. Alle warten gespannt und blicken ständig zum Eingang. Dann endlich öffnet sich die Tür und sie schreitet heraus: Die erste Präsidentin der Europäischen Republik. Sie stellt sich an das Mikro und es schallt über den Platz: Vive la République Européenne!

Es war ein langer Weg bis hierhin. Angefangen hat alles mit einem Aufschwung der Sozialdemokratie bei der Wahl des EPs 2019. Mehr und mehr Menschen wollten eine andere Vision hören, als Abschottung und Hass. Sie glaubten an Europa als Zukunft. Und die Sozialdemokratie hat die gewünschten Antworten geboten: Ein soziales Europa, das die EU zu einer politischen Einheit macht. Ein starkes Europa, das ein deutliches Gegenbeispiel setzt zu autoritären Staaten. Ein friedliches Europa, das Probleme durch Diplomatie statt Unwahrheiten löst. Ein vielfältiges Europa, das sich geeint durch Unterschiede richtig entfaltet. Ein freies Europa, das Menschen zusammenbringt und Minderheiten schützt, sich Hass entgegenstellt.

Nach dem Mai 2019 hat die sozialdemokratische Fraktion unter anderem Reformen zur Steuerflucht von Großunternehmen umgesetzt und soziale Leistungen wurden auf europäischer Ebene geregelt. Die Schere zwischen arm und reich wurde durch Maßnahmen wie eine Ausbildungsgarantie, Stärkung der Gewerkschaften und Mindestlöhne angegangen.

Diese Gesetze zeigten ihre Wirkung. Steuereinnahmen stiegen, die Schere wurde stetig kleiner, die Jugendarbeitslosigkeit sank und die Arbeitsbedingungen haben sich deutlich verbessert. Das überzeugte dann auch die Kritiker*innen und gerade Länder wie Polen und Ungarn profitierten. Das schwächte dort und in allen anderen Ländern den Rechtspopulismus. Niemand sprach mehr von FREXIT oder GREXIT, denn es war klar: Wer in der Europäi-

schen Union ist, profitiert von einer solidarischen Gemeinschaft, in der alle zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen. Es ging nicht um mehr, mehr, mehr oder um Neid, sondern um ein gutes Leben für alle.

Irgendwann wurde die Idee immer greifbarer, die zuvor in so weiter Ferne zu liegen schien. Wenn wir die Einheit sowohl politisch, wirtschaftlich als auch sozial bereits leben, wieso nicht den nächsten logischen Schritt hin zu einer Republik gehen, welche geprägt ist von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität? Und so kam es, dass der Vertrag zur Europäischen Republik von ihrer ersten Präsidentin unterschrieben wurde. Und das schönste: Der demokratische Sozialismus liegt nun auch in der Luft.

Doch dann öffnet man die Augen und stellt fest, dass es doch nur ein Kunstprojekt des European Balcony Project war, das am 10. November dieses Jahres stattfand, um die Europäische Republik auszurufen. Man muss die Ideen von Ulrike Guérot, die das Projekt initiiert hat, nicht in allen Bereichen teilen. Aber uns macht die Idee einer Europäischen Republik Mut. Denn es tut gut, manchmal die Augen zu schließen, sich eine bestimmte Zukunft vorzustellen und sich vor allem den Weg dahin zu überlegen. Lasst uns nicht müde werden für Europa zu kämpfen! Vielleicht wird dieser Wunsch dann doch in nicht allzu ferner Zukunft dank unserer Hilfe in Erfüllung gehen.



Pauline Schur (*1993) kommt aus dem UB Düsseldorf und ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Pauline arbeitet dort vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, der Leitlinie „Feminismus“, dem Netzwerk „Antifa“ und der „Medienbande“ mit.



Max Zitzen (*1992) kommt aus dem Unterbezirk Städteregion Aachen und ist ebenfalls seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Dort arbeitet er vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, dem Netzwerk „Sozialismus“, der „Medienbande“ und im Bereich „Kommunales“ mit.

BUCHKRITIK FILMKRITIK

POLARIS - ADRIANA ALTARAS



Adriana Altaras erzählt in ihrem Roman die Geschichte der Zusammenführung einer jüdischen Familie, die durch die Schoa auseinandergerissen wurde. So weit, so interessant. Genug, um den knapp 200 Seiten langen Roman zu lesen. Die Geschichte, die sich dahinter verbirgt ist ergreifend.

Die Ich-Erzählerin, die mit der Autorin mehr als ihren Namen gemeinsam hat, arbeitet als Regisseurin an einem Provinztheater und während sie dabei ist, von dem teils chaotischen, teils prekären Arbeitsalltag im kulturellen Bereich zu berichten, trifft sie auf die jüdische Souffleuse Sissele. Als diese Adriana die Geschichte ihrer Familie erzählt, ist Adriana so schockiert, dass sie hofft, Sissele würde lügen. Daraufhin wird die*der Leser*in mitgenommen, in ein Abenteuer, in dem immer mehr von den Abgründen der Schoa und den Folgen für die nachkommenden Generationen der Opfer hervortritt. Es geht durch Höhen und Tiefen, die Situation scheint teils aussichtslos.

Aber wie im richtigen Leben gibt es nicht nur einen Handlungsstrang, wie nebenbei läuft der Alltag im Theater ab und auch Adrianas Familie taucht auf. Hinzu kommen Bezüge auf aktuelle politische Themen (auch die Situation der europäischen Sozialdemokratie wird nicht ausgelassen).

Die Geschichte ist zwar keine wahre Begebenheit, basiert aber auf echten Lebensgeschichten. Und das spürt man beim Lesen. Dadurch ist das Buch zwar keine leichte Kost, aber definitiv lesenswert. Es führt vor Augen, warum es weiterhin heißen muss: Nie wieder!



Shari Kowalewski (*1994) kommt aus dem UB Märkischer-Kreis und ist seit 2015 Mitglied im Landesvorstand. Dort arbeitet sie vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, der Leitlinie „Feminismus“, dem Netzwerk „Internationalismus“, der „Medienbande“ und im Bereich „Kommunales“ mit.



Bei der Story im Ersten, unter dem Titel „Lindner und die FDP“, haben wir es mit einer prophetischen Dokumentation zu tun. Dazu aber vielleicht am Ende mehr.

Erstmal wirft die Doku nämlich einen langen Blick zurück in die Vergangenheit und was erfahren wir da nicht alles?! Als die FDP 2013 aus dem Bundestag fliegt, sitzen Wolfgang Kubicki und Christian Lindner in der Times Bar im Savoy Hotel Berlin, umarmen sich fast, wie Kubicki es formuliert, und beschließen: Lindner wird Bundesvorsitzender, Kubicki hält ihm den Rücken frei und gemeinsam kämpfen sie fürs Comeback. Oder um es mit Worten der letzten Landeskongress zu sagen: Die heutige FDP ist die Erfindung dieser zwei Männer. Folgerichtig finden die beiden sich dann vier Jahre später mit durch Wahlerfolg geschwellter Brust wieder am selben Ort ein, trinken Rotwein, rauchen Zigarre und lassen es sich aber auch mal so richtig gut gehen. Was für Bilder!

Dieses hochfahrende Mackertum, dass sich ja auch in der Außendarstellung der Partei wiederfindet, problematisiert die Doku zwar, ein wirklich kritischer Blick gelingt ihr jedoch leider nicht. Stattdessen sehen wir auch hier über 45 Minuten vor allem das, was wir ohnehin schon kennen: One man show-Lindner.

Spannend wird es dann leider erst am angekündigten prophetischen Ende [SPOILER ALERT], als Reinhold Beckmann aus dem Off das implizite Ende der GroKo herbeiraunt: „Jamaika kommt. Ohne Angela Merkel. [...] Beim nächsten Mal ist es viel besser zu regieren, als nicht zu regieren.“ Wir sind gespannt.



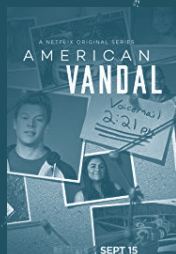
Konstantin Achinger (*1995) kommt aus dem UB Münster und ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Die Schwerpunkte „Zukunft“ und die „Bildungsbande“ zählen dort zu seinen Hauptaufgaben.

LINDNER UND DIE FDP - REINHOLD BECKMANN UND ULRICH STEIN

FILMKRITIK

PLATTENKRITIK

AMERICAN VANDAL - NETFLIX-PRODUKTION



Mehr als nur Penis- und Kacke-Witze? Zugegeben, die Grundlage von American Vandal scheint ziemlich primitiv: Streiche an einer US-High School - der eine dreht sich um gesprayte Penis und der andere beginnt mit Abführmittel in einer Limo der Mensa (ihr könnt euch denken, was passiert). Zwei Jungs nehmen sich dann vor, das Ganze in einem Filmprojekt zu untersuchen, da sie an die Unschuld der Beschuldigten glauben: Eine qualitativ nicht zu verachtende, moderne Mockumentary (eine „Pseudo-Doku“) ist geboren. In unzähligen Interviews versuchen die beiden herauszufinden, wie der wirkliche Tathergang ablief, wer für die „Pranks“ verantwortlich ist und was das Motiv ist. Dabei bekommt man einen tiefen Einblick in die Abgründe des High School Lebens - wer wird bevorzugt, wer wird gemobbt, welche Geheimnisse haben die Leute, die eigentlich niemanden etwas angehen? Die beiden verstricken sich in immer mehr Theorien, die sie auf teilweise absurde Art und Weise versuchen zu rekonstruieren, was dem Ganzen einen Charme gibt, aber manchmal auch durch die Übertriebenheit nervt. Dabei zeigen sie aber, wie schnell sich die Menschen durch Vorurteile und falsche Schlüsse in eine eigene Wahrheit reiten, die nichts mit der Realität zu tun hat. Am Ende werden die beiden Staffeln nochmal erstaunlich tiefgründig und machen nachdenklich, was Schule, soziale Medien und Vorurteile mit uns machen. Insgesamt sehenswert, aber eine dritte Staffel muss es dann doch nicht sein und die Überspitzung der Streiche und der Stereotypen ist dann doch manchmal over the top.



Pauline Schur (*1993) kommt aus dem UB Düsseldorf und ist ebenfalls seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Pauline arbeitet dort vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, der Leitlinie „Feminismus“, dem Netzwerk „Antifa“ und der „Medienbande“ mit.

POLARIS - HASZCARA



Nachdenkliche Lines, Battle-Rap, Trap-Beats - dies sind nur Ausschnitte aus dem Repertoire von Haszcarra. Nach ihrer Debüt-EP „Roter Riese“ erschien im September ihr Debütalbum „Polaris“ über Audiolith Records. Auf 14 Tracks befasst sich Haszcarra mit einer Breite an Themen. Teilweise über ihr eigenes Innenleben, über den Sexismus innerhalb der Szene, aber auch über Empowerment. Erste Bekanntheit errang die aus Göttingen kommende Wahl-Berlinerin im Video Battle-Turnier und als Support für die Hamburger Crew Neonschwarz. Im vergangenen Sommer feierte Haszcarra als Host für die „Hoe__mies“ ihren ersten Auftritt auf dem splash!-Festival. Unter „Lauter Rapper“n ist sie, wie ihr Albumname schon verrät, ein strahlender Stern, der für eine angenehme Abwechslung zum männlich dominierten Rap-Game sorgt. Anspielungen an Rap-Klassiker, wie die Hook von „A-N-N-A“ von Freundeskreis („Immer nach dem Training“), gelingen Haszcarra dabei weitaus besser als viele ihrer Kolleg*innen. In „Enjoy : Control“ und in ihrem „Outro“ beweist Haszcarra, dass sie nicht nur on-point rappen und abwechslungsreiche Beats produzieren, sondern auch als Sängerin überzeugen kann. Haszcarra gelingt ein erfolgreiches Debüt, welches zwar hier und da ein paar Schwächen zeigt, jedoch auf ihrem allerersten Langspieler verzeihlich sind.



Berat Arici (*1994) kommt aus dem Kreisverband Recklinghausen und ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Dort wird er in den kommenden zwei Jahren vor allem im Schwerpunkt „Zukunft“, der Leitlinie „Feminismus“, der „Medienbande“ und im Bereich „Kommunales“ mitwirken.

JUSOS UNTERBEZIRK WUPPERTAL

Europäisches Pubquiz



„Vive l'Europe“ hieß es Ende November bei den Jusos Wuppertal! Gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Wuppertal haben wir zu einem europäischen Pubquiz eingeladen. Neben der Vernetzung stand natürlich die Einstimmung auf die Europawahlen im Mai im Vordergrund der Veranstaltung. Eingeladen waren alle Interessierten, gewählt wurde deshalb als Veranstaltungsort natürlich auch nicht das Juso-Büro, sondern eine Kneipe mit passendem Ambiente. Konzept und Fragen lieferten die JEFler*innen, die durch den Abend führten und das For-

mat schon an anderen Stellen ausprobiert haben. Wie beim Pubquiz üblich, wurden natürlich keine trivialen Wissensfragen gestellt. Wer wüsste schon, dass das Nationaltier Schottlands das Einhorn ist? Den Gewinnern – bei uns Pauline und Berat aus dem Landesvorstand – winkten natürlich auch Gewinne. Wie könnte es anderes sein: Beste europäische Spezialitäten zum gemütlichen Beisammensein.

Die Veranstaltung wurde von unserer Seite aus vom Arbeitskreis Europa & Internationales mitinitiiert. Der Arbeitskreis

hat sich im vergangenen Jahr gegründet und arbeitet seitdem inhaltlich zu europäischer Politik und begleitet zudem den anstehenden Wahlkampf. In den nächsten Monaten soll es dann motiviert in Richtung Europawahl gehen. Ein Pubquiz können wir da nur wärmstens empfehlen!

JUSOS UNTERBEZIRK KÖLN

Bildungsfahrt nach Brüssel

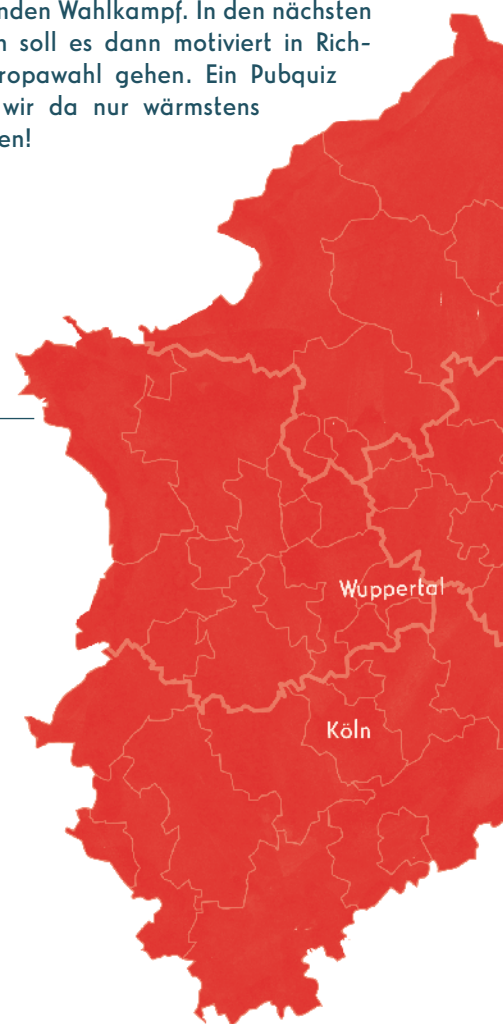


Jedes Jahr im Herbst machen wir uns auf den Weg, eine andere Stadt in Europa mit all ihren kulturellen, historischen und politischen Seiten zu erkunden. Mit Blick auf die Europawahlen 2019, hat es uns dieses Jahr ins wunderschöne und hochspannende Brüssel verschlagen.

Donnerstagmorgen, 20 Jusos und Interessierte warten am Kölner Hauptbahnhof und steigen voller Vorfreude in den ICE, der uns bequem in die belgische Hauptstadt befördert. Angekommen folgte, direkt nach Ankunft im Hostel, eine Führung durch Molenbeek mit einem anschließenden Besuch des Atomiums. Am nächsten

Tag haben wir in der deutschen Botschaft das politische System in Belgien kennengelernt. Im Comic-Museum konnte unsere Herzen anschließend höherschlagen, denn es gab einen großen Bereich über Feminismus in der Comicbranche und Portraits von beeindruckenden Autorinnen. Auch der Besuch im Parlamentarium am Folgetag hat nicht zu viel versprochen. Da uns allen der Kopf danach jedoch gewaltig qualmte, kam uns der Besuch im Biermuseum mit anschließender Verkostung als eine gelegene Abwechslung entgegen. Sogar am letzten Tag, ausgecheckt und mit den Koffern im luggage room abgestellt, haben wir Brüs-

sel mit einer weiteren Führung erkundet und zudem das Haus der europäischen Geschichte besucht, was für die meisten ein absolutes Highlight war. Neben vielen interessanten Eindrücken und Erfahrungen, war besonders die Atmosphäre, wenn sich beispielsweise abends alle auf einem Zimmer getroffen haben, besonders angenehm.





Volles Haus bei der Veranstaltung der Juso-Unterbezirke und Kreisverbände beim Thementag Feminismus.

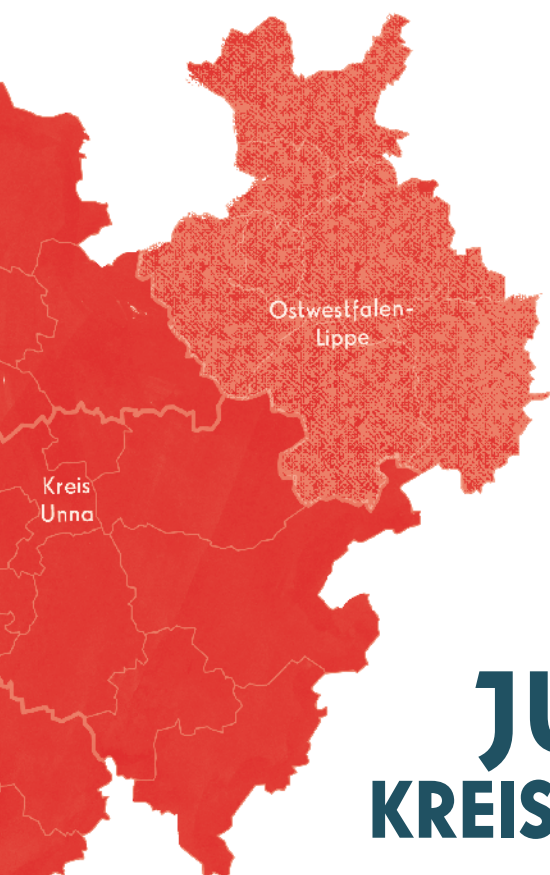
JUSO-UNTERBEZIRKE UND KREISVERBÄNDE IN OWL

Eine wichtige Frage, die man im Jubiläumsjahr des Frauenwahlrechts nicht oft genug stellen kann: Warum ist unsere Selbstbezeichnung als „feministischer Richtungsverband“ kein Relikt vergangener Zeiten, sondern hochaktuell? Dem wollten wir bei unserem ersten Thementag Feminismus in Detmold nachgehen. Den Start in den Tag machten Greta Maurer (Landesvorstand NRW Jusos), Ellen Stock (Mdl, Kreisvorsitzende SPD Lippe) und Marcel Franzmann (Kreisvorsitzender Jusos Höxter) beim Auftaktpodium zur Frage „Warum noch Feminismus?“. Gemeinsam ging es zur Einführung ins Thema im Galopp durch einige feministische Kernherausforderungen, wie der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt, Sexismus im Alltag oder der Frage nach Geschlecht und Identität. Und natürlich durfte auch die Frage danach nicht fehlen, was in der SPD noch zu tun ist. Nach dem Mittagessen gab es zwei verschiedene Workshops zur

Auswahl. Die eine Gruppe beschäftigte sich zusammen mit Feride Ciftci von der DGB-Jugend mit der Situation von muslimischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt, während die andere Gruppe zum Thema Frauen und Kommunalpolitik arbeitete.

Das Ergebnis des Tages ist wohl wenig überraschend, aber trotzdem umso wichtiger festzuhalten: Ja, wir sind nicht aus Nostalgie, sondern aus Überzeugung Feminist*innen! Denn noch immer leben wir in einer Gesellschaft, in der die Geschlechter nicht gleichgestellt sind. Und in der SPD ist aus feministischer Perspektive zwar nicht alles schlecht, aber am Ziel sind wir noch lange nicht.

Also gar keine Frage: Der Thementag Feminismus war ein voller Erfolg und soll von nun an einmal im Jahr stattfinden.



JUSOS KREIS UNNA

Am 12. November 2018 jährte sich das Frauenwahlrecht in Deutschland zum hundertsten Mal. Die Jusos Kreis Unna feierten diesen Anlass mit einer Kinovorstellung und anschließenden Diskussion. Im Kinorama in Unna zeigten die Jusos den Film „Suffragette – Taten statt Worte“.

Der Film thematisiert die Anfänge der Frauenbewegung in Großbritannien. Er zeigt die Geschichte von mutigen Frauen, die um vieles kämpften, was heute selbstverständlich ist, wie das Wahlrecht oder das Rauchen auf öffentlichen Plätzen.

Über fünfzig Teilnehmer*innen waren sich einig, dass der Film nicht nur interessante Einblicke in den Kampf der Frauen der damaligen Zeit gab, sondern auch Ansätze für die Gegenwart liefert. An die Filmvorstellung schloss sich eine engagierte Diskussion an. Elke Kappen, Bürgermeisterin der Stadt Kamen und Sabina Müller, Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Fröndenberg, berichteten von ihren persönlichen Erfahrungen aus der Kommunalpolitik.

In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, wie die Teilnehmer*innen zu dieser Zeit gehandelt und ob sie selbst den Mut aufgebracht hätten, für die Rechte der Frau zu kämpfen. Die Gruppe war sich einig: Alle Errungenschaften der Frauenbewegung müssen verteidigt werden.

100 Jahre Frauenwahlrecht sind definitiv ein Grund zum Feiern! Aber auch zum Innehalten und schauen, was in unserer Gesellschaft zur völligen Gleichstellung fehlt. Wenn wir uns zum Beispiel die 31% Frauenanteil im Bundestag anschauen, dann läuft etwas gewaltig schief. Daran müssen wir als Jusos arbeiten und Frauen in der Politik fördern. Es ist schon viel erreicht aber der Kampf geht weiter.





Jessica Rosenthal

Position: Vorsitzende



Konstantin Achinger

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Bielefeld, UB Kreis Herford, UB Minden-Lübbecke, KV Lippe, KV Höxter-Warburg, UB Münster, UB Steinfurt, KV Warendorf, UB Borken, UB Coesfeld



Berat Arici

Position: Beisitzer

Zuständig für: KV Recklinghausen, UB Gelsenkirchen, UB Bottrop, UB Duisburg, UB Essen, UB Kreis Kleve, UB Mönchengladbach, KV Rhein-Kreis-Neuss, UB Kreis Viersen, KV Wesel



Halice Kreß-Vannahme

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Rhein-Erft-Kreis, UB Bonn, UB Rhein-Sieg-Kreis, UB Düren, UB Aachen, UB Heinsberg, UB Köln



Greta Maurer

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Bielefeld, UB Kreis Herford, UB Minden-Lübbecke, KV Lippe, KV Höxter-Warburg, KV Gütersloh, UB Steinfurt, KV Warendorf, UB Borken, UB Coesfeld



Fabian Nowald

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Rhein-Erft-Kreis, UB Bonn, UB Rhein-Sieg-Kreis, UB Düren, UB Euskirchen, UB Heinsberg, UB Köln



Christopher Stange

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Bielefeld, UB Kreis Herford, UB Minden-Lübbecke, KV Lippe, KV Höxter-Warburg, KV Paderborn, UB Steinfurt, KV Warendorf, UB Borken, UB Coesfeld



Astrid Stieren

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Dortmund, UB Unna, UB Ennepe-Ruhr, UB Hochsauerland, UB Siegen, UB Herne, UB Soest, UB Olpe, UB Mülheim an der Ruhr



Max Zitzen

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Rhein-Erft-Kreis, UB Bonn, UB Rhein-Sieg-Kreis, UB Düren, UB in der StädteRegion Aachen, UB Heinsberg, UB Köln



Anna Luise Dieren

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Bochum, UB Gelsenkirchen, UB Bottrop, UB Duisburg, UB Essen, UB Kreis Kleve, UB Mönchengladbach, KV Rhein-Kreis-Neuss, UB Kreis Viersen, KV Wesel



Jesco Groschek

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal, UB Leverkusen, UB Oberbergischer Kreis, UB Oberhausen, UB Rheinberg



Shari Kowalewski

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Dortmund, UB Unna, UB Ennepe-Ruhr, UB Hochsauerlandkreis, UB Märkischer Kreis, UB Herne, UB Hagen, UB Soest, UB Olpe



Jonas Reitz

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Dortmund, UB Unna, UB Ennepe-Ruhr, UB Hochsauerland, UB Siegen, UB Herne, UB Hagen, UB Hamm, UB Soest, UB Olpe



Timo Sauer

Position: Beisitzer

Zuständig für: UB Gelsenkirchen, UB Bottrop, UB Duisburg, UB Essen, UB Kreis Kleve, UB Krefeld, UB Mönchengladbach, KV Rhein-Kreis-Neuss, UB Kreis Viersen, KV Wesel



Pauline Schur

Position: Beisitzerin

Zuständig für: UB Düsseldorf, UB Kreis Mettmann, UB Remscheid, UB Solingen, UB Wuppertal, UB Leverkusen, UB Oberbergischer Kreis, UB Rheinberg

Aufstellung nach
Schwerpunkten:

Aufstellung nach
der Leitlinie:

Aufstellung nach
Netzwerkstellen:

Aufstellung nach
Banden:

Zukunft:

Konstantin Achinger
Berat Arici
Greta Maurer
Timo Sauer
Pauline Schur
Astrid Stieren

Fortschritt:

Anna Luise Dieren
Shari Kowalewski
Halice Kreß-
Vannahme
Fabian Nowald
Jonas Reitz
Christopher Stange
Max Zitzen

Feminismus:

Berat Arici
Anna Luise Dieren
Shari Kowalewski
Halice Kreß-
Vannahme
Greta Maurer
Fabian Nowald
Timo Sauer
Pauline Schur

Antifa:

Berat Arici
Christopher Stange
Pauline Schur

Internationales:

Halice Kreß-
Vannahme
Timo Sauer
Astrid Stieren

Sozialismus:

Anna Luise Dieren
Shari Kowalewski
Max Zitzen

Bildungsbande:

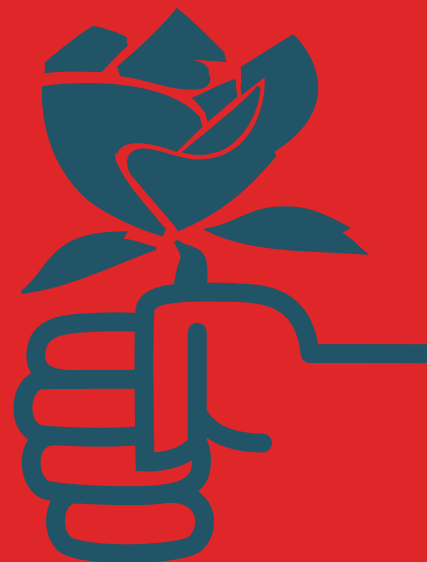
Konstantin Achinger
Anna Luise Dieren
Shari Kowalewski
Halice Kreß-
Vannahme
Timo Sauer
Christopher Stange
Astrid Stieren

Medienbande:

Berat Arici
Greta Maurer
Fabian Nowald
Jonas Reitz
Pauline Schur
Max Zitzen

Kommunales:

Berat Arici
Shari Kowalewski
Halice Kreß-
Vannahme
Fabian Nowald
Jonas Reitz
Max Zitzen



AUS ÜBERZEUGUNG: BUNDESKONGRESS IN NRW

Der Bundeskongress ist immer ein Höhepunkt jeden Jahres. Vom 30. November bis zum 2. Dezember waren weit über 300 Jusos aus ganz Deutschland zu Gast in Düsseldorf. Nicht nur die Dimensionen waren enorm, sondern auch die Bedeutung. Der mediale Fokus war so hoch wie noch nie, die Live-Berichterstattung von Phoenix ein Novum. Wir haben ihn gut genutzt! Drei Tage lang haben wir darüber diskutiert, wie wir die Probleme unserer Zeit angehen und für eine gute Zukunft lösen wollen. Das Motto: AUS ÜBERZEUGUNG!

Eine prominente Diskussion gab es mit Katharina Barley über die anstehende EU-Wahl, über ein solidarisches Europa, dass nicht mehr von neoliberaler Logik dominiert werden darf. Es kann nicht sein, dass Jugendarbeitslosigkeit immer noch ganzen Generationen die Zukunft raubt. Viel zu lange ist nichts getan worden. In der Debatte mit ihr haben unsere EU-Kandidat*innen Ingo Wagner und Sarah Weiser klar gemacht, dass die EU am Scheideweg steht. Es gilt Nationalismen zu bekämpfen. Wir Jusos sind AUS ÜBERZEUGUNG internationalistisch.

Die mit Abstand größte Aufmerksamkeit hatte die Diskussion mit Andrea Nahles. Stark war, dass sie noch einmal die Bedeutung der Mindestausbildungsvergütung betont hat. Die Azubis haben eine gerechte Bezahlung verdient. Zum Thema Hartz IV hat unsere Vorsitzende Jessica Rosenthal noch einmal daran erinnert, dass es um einen kompletten Gegenentwurf gehen muss, der das Sanktionsregime beendet und vor allem Kinder endlich unterstützt. Und unser stellvertretender Bundesvorsitzender Matthias Glomb forderte eine Linkswende der SPD. Wir Jusos sind AUS ÜBERZEUGUNG sozialistisch.

Die meiste Zeit standen aber – wie immer – die Anträge im Mittelpunkt. Als NRW Jusos haben wir uns für Themen eingesetzt, die auf unserer Landeskongferenz diskutiert worden sind. Zwei unserer Anträge konnten behandelt und beschlossen werden. „Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik“ könnte aktueller nicht sein. Die Wohnungsnot verschärft sich vielerorts. Doch Geld allein hilft nicht überall. Denn in vielen Städten gibt es ein Problem, wenn mehr Wohnraum geschaffen werden soll: Es fehlt an Boden, wo gebaut werden kann. Dafür haben wir Lösungen aufgezeigt.



Jonas Reitz (*1992) kommt aus dem UB Hamm und ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand. Dort wird er in den kommenden zwei Jahren vor allem im Schwerpunkt „Fortschritt“, der „Medienbande“ um im Bereich „Kommunales“ mitwirken.

Wir Jusos sind AUS ÜBERZEUGUNG antifaschistisch. Das zeigen wir nicht nur immer wieder auf der Straße: der Antrag „Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung“ macht klar, dass es egal ist, welches Label sich Gruppen geben, wenn dahinter menschenverachtende Ideologien stecken. Die IB nutzt vielleicht neueste Marketingtricks, aber sie ist zutiefst rassistisch und muss bekämpft werden.

Zum Schluss nochmal ein riesen Dank an die Delegation für einen großartigen Auftritt, an die Jusos Düsseldorf und unser Landesbüro für eine wie immer fantastische Organisation, an alle Helfer*innen für euren starken Einsatz und an das Busunternehmen dafür, dass sie uns durch Ausfälle der Fahrzeuge daran erinnern haben, dass wir als progressiver Verband immer auf Trab bleiben müssen.



28. März 2018

Liebes BuKo-Tagebuch,

heute hat unser Vorsitzender Thomas uns eine Whats-App in den Vorstand geschickt: „Wer hat Bock den diesjährigen Bundeskongress der Jusos nach Düsseldorf zu holen? Hab ne konkrete Anfrage aus dem Juso-Bundesbüro“. Uns ist allen klar, dass wird verdammt viel Arbeit geben – aber klar, wir haben Bock – und wie!

18. April 2018

Unsere größte Aufgabe: Die Party am Samstag für alle organisieren. Nachdem wir uns bereits ein paar Locations angeschaut haben, haben wir heute unser erstes Angebot für die Alte Kämmerlei bekommen: Mitten in der Altstadt, gute Größe und bezahlbar für uns (ihr wollt gar nicht wissen, wie teuer die anderen waren!).

13. Mai 2018

Düsseldorf wurde auf der Jugendkonferenz der Jusos in Berlin das erste Mal offiziell genannt als Veranstaltungsort des BuKos!

05. Juli 2018

Annika und Pauline übernehmen die Hauptverantwortung für den BuKo. Annika, als neue Vorsitzende, steht ab jetzt im ständigen Kontakt mit dem Bundesbüro.

28. August 2018

Heute sind wir das erste Mal in der Alten Kämmerlei gewesen! Was für eine perfekte Partylocation für unsere BuKo-Party! Das Ding nehmen wir! Das Finanzielle müssen wir mit unserem Unterbezirksbüro und dem Landesbüro der NRW Jusos klären.

09. Oktober 2018

Die Suche nach helfenden Händen startet! Wir unterstützen den BuKo vor Ort mit einem Kiosk, an dem wir alle Delegierten mit Kaffee, Snacks und guter Laune versorgen. Außerdem brauchen wir Leute, die dabei helfen die Änderungsanträge zu verteilen und beim Catering brauchen die Falken auch Unterstützung. Wir brauchen ungefähr 60 Leute – ganz schöne Hausnummer!

Außerdem machen wir uns Gedanken über ein cooles Giveaway – schnell werden wir uns im Vorstand einig, dass wir einen „Festivalbecher“ witzig finden. Auch hier müssen wir uns um die Finanzierung kümmern. Aber unser Unterbezirk zeigt sich mal wieder großzügig und fragt auch gleich nochmal bei der NRWSPD an. In NRW hält man schließlich zusammen :)



Pauline Schur (links), Düsseldorferin aus dem Landesvorstand, und die UB-Vorsitzende, Annika Maus (rechts), haben unendliche viele Stunden in die Vorbereitung des Bundeskongresses gesteckt. Am Ende hat es sich aber gelohnt. Das, was der UB auf die Beine gestellt hat, muss man ihnen erstmal nachmachen!

15. Oktober 2018

Die Planung für das „Büdchen“ (für die, die nicht aus dem Rheinland sind, auch „Kiosk“) geht los. Ein cooles Logo, leckere Snacks, eine Preislise, eine riesige Kaffeemaschine müssen her! Die Jusos Saar geben uns ein paar Tipps vom letzten BuKo.

12. November 2018

Unser DJ*ane Team für die BuKo-Party steht. Es wird einen Tanz für Europa geben – mit unseren vier Juso-Kandidierenden für die Europawahl. Jetzt müssen noch fetzige Namen und eine witzige Ankündigung via Social Media her.

28. November 2018

Nur noch zwei Tage! Jetzt geht's eben in die METRO, um die Sachen für unser Büdchen zu kaufen. 600 Euro hinblättern... kann man mal machen!

29. November 2018

Wir dekorieren die alte Kämmerlei, damit auch alle wissen, dass die Jusos ab morgen Düsseldorf unsicher machen!

30. November 2018

8.30 Uhr geht's los mit Aufbau und die Aufregung steigt. Annika wird heute die Jusos in Düsseldorf mit ihrer Eröffnungsrede begrüßen! Ab 14 Uhr strömen die ersten Jusos ins Boui Boui Bilk.

02. Dezember 2018

Sorry, liebes Tagebuch, aber wir waren so beschäftigt das ganze Wochenende, dass wir vergessen haben zu schreiben. Der BuKo war einfach großartig! Die Party war toll, unsere Helfer*innen zuverlässig, die Leute haben sich so oft bedankt! Es war uns ein Fest :) Jetzt ist schlafen angesagt.

06. Dezember 2018

Ab heute ist auch für uns der BuKo vorbei. Wir waren nochmal in der METRO, das Pfand ist weggebracht und wir haben uns entschieden es an den Kältebus hier in Düsseldorf zu spenden! Danke für eure Unterstützung und Liebe! Peace and out!

AUS DER JUSO-HOCHSCHULGRUPPE NRW: Hochschulgesetz und BAFöG - wir bleiben stabil!

S Seit nunmehr einem Jahr geistert die Reform des NRW-Hochschulgesetzes durch die verfassten Studierendenschaften. Mit dem Eckpunktepapier von Wissenschaftsministerin Pfeiffer-Poensgen griff die konservativ-neoliberale Agenda der schwarz-gelben Landesregierung endgültig auf die Hochschulpolitik über, was der im Juni veröffentlichte Referent*innenentwurf bestätigte. Wir sahen und sehen uns mit einem besorgniserregenden Einschnitt in die Selbstbestimmtheit unseres Studiums sowie unserer Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung konfrontiert. Wo das Hochschulzukunftsgesetz vor wenigen Jahren für Verbesserungen sorgte, probt man nun den hochschulpolitischen Backlash und will die Zeit zurückdrehen, denn immer wieder wird sich auf das Hochschulfreiheitsgesetz der Rüttgers-Regierung von 2006 berufen. Es ist nur allzu offensichtlich, dass die Ministerin vor allem professoralen Interessen und den Vorstellungen vieler Rektorate entsprechen will; schließlich wurde den ASTen erst weit nach den vorgenannten Gruppen ein Gesprächsangebot gemacht. Unter dem vorgeschobenen Argument, den Hochschulen wieder mehr Freiheiten schaffen zu wollen, werden also studentische Mitbestimmungsrechte zum Abschluss freigegeben und die Zivilklausel plötzlich überflüssig. Nicht zuletzt bewirkt die Wiedereinführung von Anwesenheitspflichten für Studierende, die Care-Arbeit leisten, chronisch krank sind oder schlichtweg zeitintensiven Erwerbstätigkeiten nachgehen müssen, um ihr Studium zu finanzieren, existenzielle Ängste. Wir organisieren uns in breiten Bündnissen und sind unter dem Slogan #NotMyHochschulgesetz bei Demos in ganz NRW auf die Straße gegangen, wir wollen ein gerechtes und selbstbestimmtes Studium für alle!

Auch die Defizite des BAFöGs befördern das Gefälle zwischen den Studierenden. Die Förderquoten sanken in NRW in den vergangenen Jahren, trotz steigender Immatrikulationszahlen profitierten immer weniger Studierende vom BAFöG. Glaubt man den Titelseiten vieler Pressemedien, wagt Bundesbildungsministerin Karliczek mit ihren Reformvorhaben nun den ganz großen Wurf in der Studienfinanzierung. Dabei wird die Tatsache vernachlässigt, dass die angedachten Maßnahmen schon lange überfällig waren und deshalb nur der Anfang einer Trendwende sein können. Wir fordern weiter eine automatische Anpassung der Fördersätze und die Entkopplung von der Regelstudienzeit, um für mehr Unbeschwertheit im Studium, zumindest in finanzieller Hinsicht, zu sorgen. Und auch wenn die Erkenntnis löblich ist, dass die Wohnraumpauschale in ihrer jetzigen Form nicht zum Leben reicht, tut sie dies in mehr als einem Dutzend Hochschulstädte auch nach der geplanten Anhebung nicht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in ebendiesen NRW-Städten, wird von der Landesregierung, als auch Teilen der Bundesregierung, weitgehend ignoriert. Trotzdem ist zu erwähnen, dass die grundlegenden Reformansätze beim BAFöG vor allem von unserer Mutterpartei forciert wurden. Wir fordern die Bundestagsfraktion nun auf, weiter Druck zu machen und das Gesetz an den entscheidenden Stellen wirklich besser zu machen. Die Juso-HSGn werden als kritisches und lautes Korrektiv zur Seite stehen.

Eure HSG-Landeskoordinierung

AUS DER JUSO-SCHÜLER*INNEN UND AUSZUBILDENDEN GRUPPE NRW:

Für eine gerechte, solidarische und europäische
Schule der Zukunft!

Wir, Juso Schüler*innen und Auszubildenden NRW, werden uns im nächsten Jahr vor allem für eine gerechte, solidarische und europäische Schule einsetzen. Diese abstrakten Begriffe möchten wir mit konkreten Inhalten aus unserem Arbeitsprogramm füllen. Unser Leitbild für unser Ziel ist die Inklusive- Ganztags Gesamtschule. Diese Schulform soll in unseren Veranstaltungen genau erläutert und mit euren Ideen ausgestaltet werden. Unser Auftakt dafür wird im Januar eine Veranstaltung zum Thema „Noten weg – und was dann?“ abbilden, denn wir haben die Nase voll vom ständigen Leistungsdruck in der Schule! Für mehr Individualität muss eine alternative Leistungsbewertung her.

Aber welche soll dies sein? Worte an Stelle von Noten? Und wie sieht das Ganze eigentlich in anderen Ländern aus? Kann Leistungsbewertung gerecht, objektiv und individuell sein? Und wenn ja, wie? Wie gestalten wir Leistungsbewertung fair und gerecht? Wir sind gespannt darauf, diese Fragen mit euch in unseren Workshop und Diskussionsphase gemeinsam zu beantworten. Das Besondere an unseren Veranstaltungen wird sein, dass die Workshops alle von Mitgliedern gestaltet werden. Wir möchten uns selbst mit den Themen auseinandersetzen und auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch kommen.

Damit eine solidarische Schule funktionieren kann, braucht es Mitbestimmung der Schüler*innen. Deshalb möchten wir auch zu diesem Thema einen Workshop gestalten. Die Drittelparität in den Schulkonferenzen bietet eine Grundlage zur Mitgestaltung, doch wie wird diese wirklich umgesetzt, wie erfolgreich ist die Arbeit der Schüler*innen Vertretung momentan, und wie kann man Mitbestimmung an der Schule stärken und ausbauen?

2019 ist zudem das Jahr der Europawahl. Wir möchten uns daher mit der Thematik der „europäischen Schule“ auseinandersetzen. Was soll über Europa in der Schule gelehrt werden? Wie kann man junge Menschen für Europa begeistern? Zudem möchten wir verstehen, wie Schule in anderen europäischen Ländern funktioniert. Wir möchten die Systeme vergleichen und die unterschiedlichen Ideen zusammen mit euch diskutieren. In dem Zusammenhang möchten wir auch über europaweite Standards an Schulen sprechen, und diskutieren ob und weshalb Vergleichbarkeit der Schulen nötig ist.

Darüber hinaus möchten wir ein Verbandswochenende zu unserer Schule der Zukunft ausrichten. Dabei sollen die NRW-Schulen im Vordergrund stehen, vor allem die Förderung der Chancengleichheit aller Kinder, soll ein zentrales Element unserer Arbeit sein. Klar ist: Wir in NRW sind auf gelungene Integration, gerade in der Schule, angewiesen. Doch welche Schule ist beim Abbau sozialer Barrieren besonders fortschrittlich? Ihr könnt es euch denken, auch dies wollen wir mit euch diskutieren.

Neben unserer Arbeit, eine Vision für die Schule der Zukunft zu entwickeln, möchten wir auch ganz konkret auf aktuelle Herausforderungen in der Schulpolitik linke Antworten finden. Themen wie Handynutzung in der Schule oder gesunde Ernährung sowie Umweltschutz an der Schule werden bei uns im nächsten Jahr diskutiert.

Wir hoffen, dass wir euer Interesse für unsere Arbeit wecken konnten. Auf unseren Veranstaltungen ist jedes Mitglied willkommen, dass sich für Bildungspolitik interessiert. Wir freuen uns auf eure Ideen und spannende Diskussionen.

Eure Landesschüler*innenkommission



Besuch im Rheinischen Revier

NRW kann sich keinen zweiten Strukturwandel erlauben, der sich länger und holpriger hinzieht als gedacht.



Zweifelsfrei, es war der „heiße Sommer“ den die Klimaaktivist*innen ausgerufen

haben. Die Bilder aus dem Hambacher Forst und die Demonstrationen tausender Umweltschützer*innen gingen um die Welt. Die Fronten im öffentlichen und medialen Diskurs scheinen dabei klar: Auf der einen Seite steht der Milliardenkonzern RWE mit seinem Tagebau und der klimaschädlichen Braunkohleverstromung. Auf der anderen zahlreiche Klimaaktivist*innen, denen der Braunkohlausstieg gar nicht schnell genug gehen kann. Gewalt von einigen Akteur*innen gab es auf beiden Seiten. Auch Polizist*innen und RWE-Angestellte wurden beispielsweise mit Fäkalien beworfen oder die großen Abbaubagger besetzt. Die Fronten stehen sich unerbittlich gegenüber.

Mit dem Ziel sich selbst ein Bild von der Situation zu machen, besuchte der Landesvorstand und einige UB-Vorsitzende Ende November das Rheinische Revier, um mit allen Beteiligten in den Dialog zu treten: Der Betreibergesellschaft RWE, den Klimaschutzaktivist*innen und eben auch den Tagebau-Beschäftigten.

BRAUNKOHLE ALS ENERGIEGARANT DER REPUBLIK

Nicht erst seit diesem Rekordsommer ist klar: Wir brauchen die Energiewende, um uns dem verheerenden Klimawandel entgegenzustellen. 100 % erneuerbare Energien in Deutschland und Europa – nichts weniger ist und muss das Ziel sein. Ein Blick auf die Stromerzeugung in Deutschland führt jedoch zur Ernüchterung. 2016 lag der Prozentsatz der erneuerbaren Energien in der Republik bei nur 29 Prozent. Auch wenn ein Anstieg bis 2022 auf bis zu 43 Prozent prognostiziert wird, steht fest, dass fossile Erzeugnisse als Brückentechnologie unabwendbar sein werden. Denn was viele in der aktuellen Klimadiskussion verdrängen: Durch den Atomausstieg wird der Anteil der Kernenergie ab 2023 wegfallen. Ein verfrühter Ausstieg aus der Verstromung fossiler Erzeugnisse dürfte die Diskussion um eine Verlängerung der Atom-Endzeiten wieder anfeuern oder direkt dazu führen, dass der Ankauf von Kernenergie aus dem europäischen Ausland ansteigen wird. Das ist für uns kein akzeptables Szenario!

„DEN PLAN JETZT EIN HAUS ZU KAUFEN, HABE ICH ERSTMAL NACH HINTEN GESCHOBEN“

Was in diesem Konflikt, der von manchen Karikaturist*innen mit dem Kampf David gegen Goliath verglichen wurde und in vielen Jahresrückblicken auftauchen wird, jedoch zu kurz kommt, sind die Existenzängste der Beschäftigten, die als Kumpel bisher stolz ihre Arbeit an den Braunkohle-Flözen verrichtet haben. „Politik bemisst sich daran, Planungssicherheit zu geben“, so drückte es Matthias Dürbaum, Betriebsratsvorsitzender im Tagebau Hambach, im Gespräch mit uns aus. „Diese Planungssicherheit wurde uns 2016 mit einem Gesetz der alten rot-grünen Landesregierung gegeben. Heute ist es nicht der SPD-Teil der alten Regierung, der von den alten Beschlüssen nichts mehr wissen will.“ Die Verunsicherung der knapp 17.000 Beschäftigten im Rheinischen Revier, die unmittelbar bei RWE arbeiten oder durch ausgelöste Beschäftigungsverhältnisse betroffen sind, war für uns spürbar. Noch drastischer spiegelte es ein Baggerführer wider, mit dem wir direkt am Abbaufloß gesprochen haben: „Ich bin vor drei Monaten Vater geworden. Den Plan jetzt ein Haus zu kaufen, habe ich erstmal nach hinten geschoben. Keiner von uns weiß, wie die Proteste den Ausstieg aus der Braunkohle verändert haben“, so der 31-jährige. Die Enttäuschung der Kumpel über die erneute Diskussion und der damit verbundenen fehlenden persönlichen Planungssicherheit lag in der Luft.

„DER HAMBACHER FORST IST LÄNGST ZUM SYMBOL GEWORDEN“

Um auch die Seite der Klimaaktivist*innen kennenzulernen, führte uns der Weg aus dem Braunkohletagebau direkt in den Hambacher Forst. Dort trafen wir uns mit zwei Mitglieder der Grünen Jugend, die zwar selbst nie in den bekannten Baumhäusern wohnten, jedoch im engen Austausch mit den Aktivist*innen stehen. „Der Hambacher Forst ist längst zum Symbol gegen den Braunkohleabbau geworden“, so drückte es ein Mitglied der Grünen Jugend Düren aus und fuhr fort: „Zwar wird durch den Erhalt dieses Waldes nicht der Klimawandel gestoppt, aber wir können dadurch ein Zeichen im Kampf gegen diesen setzen.“ In der Tat, der „Hambi“

ist zum Symbol geworden und nimmt im Kampf eine zentrale Rolle ein.

STRUKTURWANDEL GESTALTEN: DEM RHEINISCHEN REVIER EINE ZUKUNFT GEBEN!

Was bleibt nach einem Tag im Rheinischen Revier? Vor allem neues Wissen und viele neue Eindrücke. Jedem unserer Gesprächspartner*innen ist klar, dass ein Ausstieg aus der Braunkohle nicht nur kommen wird, sondern auch in Anbetracht des Klimawandels kommen muss. Doch was ein verfrühter Ausstieg zur Folge hätte, wurde uns ebenfalls verdeutlicht. Denn das Schicksal des Rheinischen Reviers hängt stark am Tagebau. 17.000 Beschäftigte und ihre Familien warten derzeit angespannt auf den Abschlussbericht der Braunkohlekommission und hoffen auf einen sozialverträglichen Ausstieg und vor allem auf Planungssicherheit. Das diese nicht nur für die Beschäftigten von großer Bedeutung ist, sondern auch für die Umwelt, ist am Beispiel der Rekultivierung der als weltweit vorbildlich geltenden Sophienhöhen erkennbar. RWE hat hier gemäß der Vereinbarung ca. 1.500 Hektar rekultivierte Fläche nach dem Ende des Braunkohlebergbaus erschaffen, auf denen bereits mehr als 1.000 Tier- und 800 Pflanzenarten nachgewiesen wurde. Weitere Flächen werden gemäß der bestehenden Planung folgen. Ein Teil der den Strukturwandel im Rheinischen Revier sicherlich prägen wird. Den Verlust von tausenden (Industrie-)Arbeitsplätzen wird dies jedoch nicht auffangen. Und genau hier ist wiederum die Politik gefragt. NRW kann sich keinen zweiten Strukturwandel erlauben, der sich länger und holpriger hinzieht als gedacht. Diesen Strukturwandel zu gestalten, um den arbeitenden Menschen eine Perspektive zu geben und unser Klima zu schützen ist Aufgabe der Politik. Auch wir NRW Jusos werden unseren Teil dazu beitragen. Die Diskussion muss um mehr gehen als Ausstiegszahlen. Es muss darum gehen den Strukturwandel für das Revier und die Energieversorgung in Deutschland zu gestalten und den ökologischen Wandel zu schaffen.



Jessica Rosenthal (*1992) ist seit 2018 Vorsitzende der NRW Jusos. Zuvor war sie stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und Vorsitzende des Bonner Unterbezirks.

HOMELESS GO HOME

Gastbeitrag der ungarischen Europaabgeordneten
Tibor Szanyi und István Ujhelyi

A Gerade dann, wenn du denkst, dass Orbáns streitbare Regierung dich nicht mehr wirklich überraschen kann, ziehen sie etwas so Finsteres und Unmoralisches, so zutiefst ärgerliches ab, dass man sofort überdenkt, was wir politisch als böse bezeichnet haben. Obdachlosigkeit ist in vielen europäischen Ländern ein ernstes Problem mit einer Vielzahl von Politikfeldern, die eine wichtige Rolle spielen, wenn Regierungen versuchen diese Herausforderung anzugehen. Wohnungs- und Sozialpolitik, das Gesundheitssystem oder zivile Organisationen sind in der Regel alle bei der Problemlösung involviert. Im Oktober 2018 beschloss die ungarische Regierung jedoch, Obdachlosigkeit auf eine andere Weise zu lösen – indem sie es für illegal erklärte. Es ist nicht das erste Mal, dass die derzeitige ungarische Regierung unorthodoxe Lösungen bevorzugt, um komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Aber diesmal überschatteten Unmenschlichkeit und Grausamkeit die einfache Unorthodoxie.

Zusammenfassend erklärt die neue Gesetzgebung, dass "die gewohnheitsmäßige Nutzung des öffentlichen Raums" gegen das Gesetz ist und ein Strafverfahren mit Geldstrafen oder möglicherweise auch Haftstrafen nach sich ziehen kann. Die Gegenstände der Häftlinge werden beschlagnahmt, ihre Haustiere (falls vorhanden) in Notunterkünfte gebracht. Zusätzlich wurde dieser entsetzlichen Entscheidung ein einzigartiges Gewicht verliehen, indem dem ungarischen Grundgesetz ein Absatz hinzugefügt wurde, der Obdachlose kriminalisiert und es dadurch nahezu unmöglich macht, dagegen auf dem Rechtsweg vorzugehen. Wir können bereits jetzt zu dem Schluss kommen, dass es in Zukunft erhebliche gemeinsame Anstrengungen von Gesetzgeber*innen und Zivilpartner*innen erfordern wird, um den Schaden und Leid rückgängig zu machen. In den ersten zwei Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes, verwarnte die Polizei mehr als hundert Obdachlose, mit zwei eingeleiteten Strafverfahren (dies ist das Standardverfahren nach der dritten Verwarnung), die vor Gericht gingen.

Beide Fälle endeten mit Verwarnungen, die an diejenigen gerichtet wurden, die vor Gericht geladen waren. Ein Urteil, das ziemlich zynisch erscheint, da die Angeklagten überraschenderweise keine Immobilien erworben haben, während sie inhaftiert wurden – die Wiederholung der „Straftat“ ist daher garantiert. Der gesamte Klamauk ist ein wertloser Schauprozess, der entworfen wurde, um Obdachlose zu demütigen, während ihre wirklichen Probleme in keiner Weise angegangen werden. Es gibt jedoch ein unerwartetes positives Ergebnis der neuen Gesetzgebung: Sie verleiht einer zuvor einfärbigen, gestaltlosen und homogenen Menschenmenge ein Gesicht und Anerkennung. Durch die absurden Gerichtsverhandlungen und die zahllosen Artikel, die sich darauf folgten, erfuhr die Öffentlichkeit von den persönlichen Tragödien von Obdachlosen. Unvorstellbar tragische Lebensgeschichten, die immer unter den Teppich gekehrt wurden, kamen zum Vorschein und erschienen uns nun plötzlich viel persönlicher als je zuvor. Die Regierung behauptet, dass die neue Gesetzgebung den Interessen der Ob-

dachlosen dient und viel mehr darauf ausgerichtet ist, ihnen zu helfen, als sie zu bestrafen. Dieses Argument verliert sofort an Glaubwürdigkeit, wenn wir den trostlosen Zustand der Obdachlosenversorgung in Budapest betrachten. Die meisten Quellen sagen, es gebe etwa 10.000 Betten in Obdachlosenunterkünften, während Sozialarbeiter*innen die Zahl der Obdachlosen allein in der Hauptstadt zwischen 15.000-30.000 schätzen. Unnötig zu sagen, dass Obdachlose in Notunterkünften zusammenzudrängen sehr wenig löst, ohne die angemessene Sozial- und Wohnungspolitik, um die Bemühungen zu untermauern, ihnen auf nachhaltige Weise zu helfen.

Es ist wichtig, einige vielversprechende Entwicklungen zu unterstreichen, als mehrere Obdachlose nach ihren Gerichtsverhandlungen von den Vorwürfen freigesprochen wurden und in einem besonderen Fall ein Landgericht sogar eine verfassungsrechtliche Überprüfung der neuen Gesetzgebung beantragte, mit dem Argument, dass es gegen das Grundgesetz* ist und daher sofort zurückgezogen werden sollte. Leider ist im heutigen Ungarn das Ergebnis eines solchen Verfahrens alles andere als einfach vorherzusagen.

Man mag sich fragen, was Orbán – einen rücksichtslosen Pragmatiker, der ein korruptionsgetriebenes Regime anführt – dazu bringt sich die Mühe zu machen, die Schwächsten, die Bedürftigsten weiter in die Gosse zu treten? Nicht zuletzt ist es eine zynische Vertuschungsaktion, um die sichtbarsten, schlimmsten Ergebnisse von

über 8 Jahren katastrophaler Sozialpolitik zu verdecken, ohne ein funktionierendes soziales Netzwerk und Wohnbau, ohne echten Arbeitnehmer*innenschutz oder funktionierende Gewerkschaften, mit Europas kürzester Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, mit einem unechten Gemeinschaftsarbeitsystem und Mindestlöhnen, die Massen hoffnungslos unter der Armutsgrenze halten.

In der Tat ist dies die gleiche unmenschliche Sozial- und Arbeitspolitik, die in vielen anderen Bereichen diese billigen und gemütlchen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen hat, in denen große deutsche (meist Automobil-) Industrie-Investoren gerne schwelgen, während die deutsche Kanzlerin, das heißt die Europäische Volkspartei (EVP), den politischen Regenschirm schützend über Orbáns unwürdige Herrschaft halten.

Orbán hat dieses unerhört grausame Stück Gesetzgebung vielleicht auf der Zuversicht aufgebaut, dass er immer auf die schlimmsten menschlichen Instinkte zählen kann, auf das Fehlen von Solidarität in der Gesellschaft. Doch die direkte Konfrontation mit der öffentlichen Demütigung und dem Leid obdachloser Mitbürger*innen scheint die Wut der Öffentlichkeit zu wecken, sogar eine vorsichtige Opposition gegen diejenigen, die eifrig die Schuld für ihr eigenes Schicksal Armen und Obdachlosen geben wollen. Nach mehreren, wenn auch immer noch zersplitterten Protesten namhafter medizinischer, sozialer oder juristischer Fachkräfte, ist es nun die historische Herausforderung der ungarischen demokratischen Linken, die

Gefühle vieler Ungarn, die Verlegenheit, die Menschlichkeit und die Solidarität, in politisches Handeln zu übersetzen, das die ersten Nägel in den politischen Sarg dieses zutiefst unmenschlichen, antidemokratischen Regimes treiben könnte.

Nur wenige hätten geglaubt, dass Fidesz sich so sehr erniedrigen könnte Obdachlose dafür zu verfolgen, dass sie obdachlos sind. Natürlich ist deine erste Reaktion Überraschung, die sich langsam in rasende Wut verwandelt und schließlich in ein bitteres Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Resignation mündet. Trotzdem, wenn es ein zentralisiertes Staatspogrom gegen die Schwächsten gibt, dürfen wir nicht in Resignation verfallen. Wir müssen wütend bleiben und für die Rechte derer kämpfen, die gezwungen sind – in den meisten Fällen durch Umstände, die sie nicht beeinflussen können – in der Peripherie unserer Gesellschaften zu leben.



Tibor Szanyi (*1956) ist seit 2014 sozialdemokratischer Europaabgeordneter aus Ungarn. Der gebürtige Budapester ist dort Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie stellvertretender Vorsitzender in der Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperationen EU-Ukraine.



István Ujhelyi (*1975) war von 2002 bis 2014 Abgeordneter im ungarischen Parlament, bevor er 2014 ins Europäische Parlament eingezogen ist. Dort ist er stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr und Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China.

* (Das aktuelle Grundgesetz ersetzte die Verfassung, die durch Fidesz 2011 beseitigt worden war)

Einer unserer politischen Grundpfeiler

Die GewinnerInnen des letzten Rätsels sind: Vanessa Kiesel, Oliver Bartling, Yannick Ortmann.
Herzlichen Glückwunsch!

V.i.S.d.P.: Lukas Günther
Grafik: Felicitas Horstschafer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal